



Foto: Sebastian Petrich

WAS WIR BRAUCHEN, IST NICHT NEU

Viele wissen es, die meisten anderen ahnen es: Um Ressourcen zu schonen und das Klima zu schützen, müssen wir weniger konsumieren und weniger neu produzieren

Die Bekleidungsindustrie gilt als Inbegriff des nicht nachhaltigen, geradezu unethischen Wirtschaftens: Mit Tiefpreisen bringt sie Menschen dazu, immer wieder neue Produkte zu kaufen, die sie eigentlich nicht brauchen und bald wieder aussortieren – obwohl die Textilherstellung für ausbeuterische Arbeitsbedingungen und umweltschädliche Produktionsverfahren bekannt ist. Doch mittlerweile boomt der Handel mit Secondhandklamotten und das nicht allein in Großstädten und in der Ökoszene. Lag der weltweite Umsatz mit gebrauchten Textilien 2012 noch bei 11 Milliarden US-Dollar, so betrug er 2021 schon 36 Milliarden; Fachleute prognostizieren ein weiterhin steiles Wachstum in den kommenden Jahren.

Bedeutet der florierende Handel mit Secondhandbekleidung, dass Produktionsbedingungen und Abfallvermeidung mittlerweile immer mehr Menschen bewegen? Oder eher, dass sich die kapitalistische Verwertungslogik auf weitere Teile der Wirtschaft ausdehnt? Vermutlich beides. Es zeigt aber vor allem, dass Verhaltensänderungen im großen Stil durchaus möglich sind. Von allein kommen diese Veränderungen freilich nicht. Deshalb ist es grundsätzlich gut, dass die demokratischen Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus 2021 eine Zero-Waste-Strategie beschlossen haben, die die Berliner*innen dabei bestärken und unterstützen soll, Dinge zu reparieren und wiederzuverwenden.

Reparieren

Das kostet natürlich Geld. Im aktuell im Landesparlament diskutierten Doppelhaushalt 2024/25 plant die schwarz-rote Koalition jedoch, die Zuwendungen für den entscheidenden Posten im Bereich Abfallvermeidung massiv zusammenzuziehen. Der BUND fordert, die Unterstützung für Anti-Müll-Initiativen wie Repaircafés, Leih- und Tauschtreffpunkte, Abfallberatungseinrichtungen und Projekte gegen Lebensmittelverschwendung mindestens

auf dem bisherigen Niveau weiterzuführen. Konkret bedroht ist beispielsweise die Finanzierung des Hauses der Materialisierung, das zum Haus der Statistik am Alexanderplatz gehört und unter anderem Werkstätten und ein Materiallager beherbergt.

Ein guter Schritt in Richtung Kreislaufwirtschaft ist dagegen der Reparaturbonus, den Schwarz-Rot einführen will. Für Reparaturen soll es Zuschüsse aus der Landeskasse geben. Dabei sollte man sich am Vorbild Österreich orientieren. Dort bekommt, wer ein Elektro- oder Haushaltsgerät reparieren lässt, die Hälfte der Reparaturkosten erstattet – bis zu 200 Euro pro Kopf und Jahr. Mit insgesamt 500.000 Euro für die Jahre 2024 und 2025, die der Berliner Haushaltsentwurf für den Reparaturbonus vorsieht, wird man aber nicht weit kommen. Für die acht Millionen Einwohner*innen der Alpenrepublik stehen dagegen 130 Millionen Euro in vier Jahren zur Verfügung. Doch auch diese Summe dürfte zu knapp kalkuliert sein, schließlich wurden in den ersten 15 Monaten schon fast 70 Millionen ausgezahlt.

Retten

Mit einzelnen Pilotprojekten und Initiativen allein ist es jedoch nicht getan – es ist höchste Zeit, das Secondhandprinzip großflächig zu verankern. Hilfreich dafür ist ein Zero-Waste-Vorhaben, das die Umweltverbände lange forderten und das sich inzwischen etabliert hat. Seit Sommer 2020 betreibt die BSR in Reinickendorf ein Gebrauchtwarenkaufhaus, die NochMall. Auf über 2.000 Quadratmetern verkauft der landeseigene Entsorgungsbetrieb Secondhandartikel, die nicht nur ansprechend präsentiert, sondern auch geprüft, gereinigt und wenn nötig und möglich instand gesetzt werden. Über mangelnde Nachfrage kann sich die NochMall nicht beschweren, trotzdem ist eine Ausweitung des Geschäfts vorerst nicht in Sicht. Erst einmal, so die Vorgabe von oben, soll das Gebrauchtwarenhaus schwarze Zahlen schreiben.

Wozu das denn? Es ist absurd, das Wegwerfen und Verbrennen brauchbarer Dinge mit Abfallgebühren zu finanzieren, nicht aber ihre Wiederverwendung. Derzeit speist sich das Angebot der NochMall im Wesentlichen aus dem, was Berliner*innen direkt am Kaufhaus oder auf drei ausgewählten Recyclinghöfen als Gebrauchtwaren abgeben. Auf den anderen elf Recyclinghöfen besteht diese Möglichkeit nicht. Der BUND fordert auf allen BSR-Höfen Annahmestellen für potenzielle Secondhandware und einen systematischen Check der nicht abreibenden Müllströme auf gut Erhaltenes. Wenn sich die Recyclinghöfe zu Wiederverwendungszentralen wandeln, könnte man mit den dort gesammelten Gütern mehrere Gebrauchtwarenkaufhäuser betreiben, mindestens eines pro Bezirk. Diese Aufgabe muss nicht zwingend die BSR übernehmen.

Umbauen

Gut gelegen ist die NochMall leider nicht. Dafür gibt das BSR-Gebrauchtwarenkaufhaus durch die Nachnutzung eines früheren Baumarkts ein zeitgemäßes Zero-Waste-Statement ab: Auch Gebäude müssen wiederverwendet werden. Das ist längst noch nicht Standard, wie etliche aktuelle Beispiele zeigen. Vor allem aus dem Abriss entstehende Bauabfälle stellen mit Abstand die größte Fraktion beim Müll; das Recycling ist vorwiegend ein Downcycling, bei dem ehemals hochwertiges Material größtenteils für Füllmasse für den Straßenbau wird, sodass eine dritte Nutzung ausgeschlossen ist.

Dazu kommt die graue Energie, die in die Errichtung eines Hauses geflossen ist und verloren geht, wenn es abgerissen wird. Der BUND unterstützt deshalb die Forderung mehrerer Architektenkammern nach einem Abrissmoratorium. Ob Wohn- oder Gewerbebau: Der Bestand soll saniert, umgebaut und wenn nötig aufgestockt werden. Das schafft zusätzlichen Wohnraum, schont das Klima und lässt mehr von der Stadtnatur übrig. *sp*

INHALT

Thema Secondhand

Gebrauchte Immobilien:
Wie man in Berlin und
Brandenburg mit der
Nachkriegsmoderne umgeht
Seite 2

„Wir brauchen Strategien
für mehr Effizienz“:
Interview mit Architekten-
kammer-Präsidentin
Theresa Keilhacker
Seite 3

AKTUELL

So sicher nicht:
Vattenfalls neueste Pläne
für die Berliner Fernwärme
Seite 4

Klimaschutz irrelevant?
BUND klagt gegen
Müllverbrennungsanlage
Jänschwalde
Seite 4

Kraftriegel für den
Kulturkampf: Streit um
die Brandenburger
Ernährungsstrategie
Seite 5

Kleingewässerreport:
Den Lurchen geht das
Wasser aus
Seite 5

BUNDJUGEND

Feiern, aber in grün!
Seite 6

NATUR ERLEBEN

Im Sutschketal
Seite 7

ÖKOTIPP

Schenkboxen
Seite 7

KURZ & BUND

Zero-Waste-Karte
aktualisieren
Seite 8

Secondhand in Zahlen
Seite 8

INFO

BERLINER BAUSCHUTT IN DIE PRIGNITZ?

Eine ehemalige Kiesgrube im Kyritzer Ortsteil Holzhausen (Landkreis Ostprignitz-Ruppin) will ein Berliner Unternehmen zu einer Bauschuttdeponie machen und dort innerhalb von rund zehn Jahren 3,6 Millionen Kubikmeter Bauabfälle abladen. Der BUND hält das Vorhaben für nicht genehmigungsfähig, unter anderem weil dazu ein Raumordnungsverfahren durchzuführen wäre, weil die vorige Nutzung als Kiesgrube Auflagen zur Rekultivierung und Renaturierung nötig macht und weil im nordwestlichen Brandenburg Überkapazitäten bei der Bauschuttdeponierung bestehen. Wenn der Bauschutt aus Berlin hertransportiert wird, widerspricht das einer Vorgabe des Landes, Bauabfälle nicht weiter als 70 Kilometer vom Ort der Verursachung zu entsorgen. Stichwort Verkehr: Bis zu 250 Lkw würden täglich auf den schmalen Straßen zur Deponie fahren und insbesondere Radfahrende gefährden, für die es keine eigenen Wege gibt. Ungeklärt und besonders problematisch ist der Umgang mit Sickerwasser. Der Untergrund ist sandig und verhindert nicht das Versickern von Schadstoffen.

ZUM UMGANG MIT BAUSCHUTT

229 Millionen Tonnen Bau- und Abbruchabfälle fielen 2020 in Deutschland an, davon 8,5 Millionen in Brandenburg. Wiederrum knapp die Hälfte der Brandenburger Bauabfälle stammten aus Berlin. Wie mit diesen Abfällen umzugehen ist, steht in der BUND-Stellungnahme zum Brandenburger Teilplan Mineralische Abfälle. www.BUND-brandenburg.de/bauschutt

LEERSTANDSMELDER

Dem Abriss gehen oft Spekulation und Leerstand voran. Eine Online-Karte verzeichnet ungenutzte Gebäude in etlichen Städten, darunter auch Berlin. www.leerstandsmelder.de



Foto: Sebastian Petrich

Die Platte in der Straße der Pariser Kommune wird abgerissen, um hochpreisige Wohnungen zu bauen

GEBRAUCHTE IMMOBILIEN

Was tun, wenn Gebäude nicht mehr zu ihrem ursprünglichen Zweck benötigt werden? Natürlich wiederverwenden.

Der Vorstoß von Kultursenator Joe Chialo (CDU), die Zentral- und Landesbibliothek in der Galeries Lafayette einzuquartieren, wirkt zwar etwas unvorbereitet, lenkt die Diskussion aber in die richtige Richtung. Statt intakte Häuser abzureißen, den Bauschutt ins müllgeplagte Brandenburg zu exportieren, massig Energie durch frisch hergestellten Stahl und Beton zu verschwenden und die letzten grünen Freiflächen zu verbauen, müssen die Bestandsgebäude intelligent genutzt werden. Wenn Gebäude schon 100 oder mehr Jahre stehen, haben sie mittlerweile gute Chancen auf eine zweite und dritte Nutzung. Viele frühere Brauereien, Fabriken oder Kaufhäuser dienen heute als Gewerbe- oder Büroflächen. Selbst alte Gefängnisse lassen sich zu Wohnhäusern oder Hotels umfunktionieren, wie die ehemaligen Haftanstalten in Rummelsburg und in der Kantstraße zeigen. Doch so wie Stadtplanung und Bauwirtschaft bis in die 1980er-Jahre die Blockrandbebauung der Gründerzeit für Stadtautobahnen und Neubauten opfern wollten, was damals die Hausbesetzungsbewegung maßgeblich verhinderte, geht es heute der Nachkriegsmoderne an den Kragen.

Abriss Ost: Ende September begann am Flughafen BER der Abriss des sogenannten Generalshotels, das seit 1951 zur Begrüßung von in Schönefeld gelandeten Staatsgästen diente. Obwohl alle Fraktionen des Brandenburger Landtags in seltener Eintracht den Erhalt dieses baugeschichtlich wichtigen Zeugnisses forderten, besteht der Bund auf den Abriss, weil ein inzwischen überholter Plan vorsieht, auf der Fläche Maschinen der Flugbereitschaft abzustellen. In Potsdam will die kommunale Bauholding ebenfalls noch in diesem Herbst den Staudenhof abreißen, ein intaktes Wohngebäude von 1971, das nicht ins Leitbild Preußen-Disneyland passt. Die 180 kleinen Wohnungen beherbergten bis zuletzt Geflüchtete und fehlen in der Stadt, die 2023 1.470 weitere Schutzsuchende aufnehmen muss. Am Berliner Alexanderplatz gelang es zwar, das Haus des Reisens und das Haus des Berliner Verlags unter Denkmalschutz zu stellen und das Haus der Statistik vor dem Abriss zu retten. Doch der lange Riegel auf der Nordseite –

1969 gebaut als Haus der Elektroindustrie – muss weg, falls der 30 Jahre alte Kollhoff-Plan mit den bis zu 13 Hochhäusern verwirklicht wird.

Im Westen sieht es nicht besser aus. Als reichte nicht die Endlosbaustelle in der City West, wo seit 2018 Teile des Kudamm-Karrees abgerissen werden und nun der Neubau ins Stocken geraten ist, will die vom österreichischen Milliardär René Benko gegründete Signa-Holding das letzte Kaufhaus des Boulevards abreißen. Anstelle des Wertheim-Hauses von 1971 sieht der im Juni gekürzte Siegerentwurf einen 133 Meter hohen Turm mit mehr als 130.000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche vor, darunter nur 5.000 Quadratmeter Wohnfläche. Auch das Karstadt-Kaufhaus in der Wilmersdorfer Straße wird wohl 2024 schließen und abgerissen werden. Die Grundstückseigentümerin möchte stattdessen einen Neubau für Wohn- und Geschäftszwecke hochziehen. Vergleichsweise gut kommt Karstadt Leopoldplatz davon. Der 1978 errichtete Bau wird nur entkernt und verliert seine charakteristische Waschbetonfassade. Für Kritik sorgt, dass nach der Aufstockung neben 30.000 Quadratmetern Büro- und 15.000 Quadratmetern Verkaufsfläche nur 5.000 Quadratmeter Wohn- und 2.000 Quadratmeter Gemeinwohlfläche entstehen sollen.

Es gibt aber auch gute Beispiele. Das ehemalige Finanzamt Wilmersdorf in der Blissestraße (Baujahr 1971) wurde 2022 als Büro- und Geschäftshaus saniert. Der Neckarhof auf dem Kindl-Gelände in Neukölln bekam 2021 neben energetischer Sanierung ein weiteres Geschoss in Lehm- und Holzbauweise und außerdem flexible Grundrisse, die den jeweiligen Bedürfnissen angepasst werden können. 2022 zog das Kleine Grosz-Museum in eine ehemalige Tankstelle (Baujahr 1956) in der Bülowstraße. Keine zwei Jahre nach der Stilllegung des Flughafens Tegel übernahm die Beuth-Hochschule das Terminal A. Für das denkmalgeschützte Gebäude des 2008 stillgelegten Flughafens Tempelhof dagegen ist noch immer kein langfristiges Nutzungskonzept, geschweige denn das Geld für die dringend nötige Sanierung in Sicht. *sp*

EDITORIAL

von Carsten Preuß, Franziska Sperfeld und Julia Epp

Liebe Leser*innen,

dieses Jahr fiel der Earth Overshoot Day auf den 2. August. An diesem Tag haben wir rechnerisch jene natürlichen Ressourcen aufgebraucht, die sich innerhalb eines Jahres wieder regenerieren: saubere Luft, Trinkwasser, fruchtbare Böden und andere Ökosystemdienstleistungen. Betrachtet man nur den Verbrauch in Deutschland, so war unser Erdüberlastungstag schon am 4. Mai. Jedes Jahr rutscht das Datum, ab dem wir ökologische Schulden anhäufen, ein Stückchen weiter in Richtung Januar.

Dabei ist völlig klar, was zu tun ist: viel weniger neue Dinge produzieren, konsumieren und wegwerfen – stattdessen die bestehenden viel länger nutzen, reparieren und verbessern (lassen). Und natürlich auch anderen zugänglich machen, sei es geliehen, geschenkt oder verkauft.



Es ist höchste Zeit, das Prinzip Secondhand in allen Wirtschaftssektoren zu verankern, und dies vor allem dort, wo riesige Abfallmengen anfallen und viel Energie verbraucht wird. Etwa in der Bauwirtschaft. Abriss muss die absolute Ausnahme werden, die sozial gerechte und ökologisch gebotene Modernisierung dagegen der Standard. Dazu gibt es keine vernünftige Alternative, wir können uns schließlich keinen neuen Planeten kaufen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

C. Preuß *Franziska Sperfeld* *Julia Epp*
 Vorsitzender BUND Brandenburg Vorsitzende BUND Brandenburg Vorsitzende BUND Berlin

„WIR BRAUCHEN STRATEGIEN FÜR MEHR EFFIZIENZ“

Theresa Keilhacker, Präsidentin der Architektenkammer Berlin, über den Umgang mit gebrauchten Baustoffen, steigende Baupreise und ein Abrissmoratorium

BUNDzeit: Der Senat hat eine Novellierung der Berliner Bauordnung beschlossen. Was halten Sie davon?

Theresa Keilhacker: Die alte rot-grüne-rote Regierung hatte sich ja schon auf eine geeinigt, die kurz vor dem Senatsbeschluss seitens der SPD dann blockiert wurde. Da ahnten wir schon, dass alles, was zum Thema Abrissgenehmigung oder Biodiversität drinstand, wieder rausfällt. Die Bauordnung ist ein ganz wesentliches Instrument, um die Belange von Wohnungsbau und Klimaschutz zusammenzubringen.

Bausenator Gaebler behauptet, Artenschutz sei in der Bauordnung überflüssig, weil das schon anderweitig geregelt sei.

Wenn man diese Anforderungen zu spät einbindet, löst man sie nicht, zumal sie anderen Interessen teilweise stark widersprechen und oft nicht ausreichend Fläche da ist. Deshalb werben wir dafür, dass Bauherr*innen ordnungspolitisch gezwungen werden, sich in einem sehr frühen Stadium mit der Thematik zu beschäftigen. Wir Planende können all diese Abwägungen in einer frühen Entwurfsphase zusammenbringen. Es wäre sinnvoll, mit dem Bauantrag auch einen qualifizierten Freiflächenplan (QFP) miteinzubringen und damit Natur- und Klimaschutzbelange mitabzubilden. Beispiel: Regenwassermanagement soll mit der Gestaltung von Außenanlagen, Spielflächen und Feuerwehruzufahrten zusammengeplant werden. Beim Artenschutz muss es vor allem um Vielfalt und Nistenschutz im begrünten Außenraum gehen. Bäume und alles, was direkt aus der Erde wächst, haben Priorität vor Fassadenbegrünung aus Ranktöpfen. Solche Aspekte können gleich zu Anfang integriert werden.

Die novellierte Bauordnung sagt nichts zum Abriss. Hätte sie das tun können?

Unser Vorschlag für die Novellierung sah vor, die Be-seitigung von Gebäuden genehmigungspflichtig zu machen und ein Nachhaltigkeitskonzept zu fordern, das entsprechend gewertet wird. Bei beabsichtigtem Abriss und Neubau wäre eine Lebenszyklusanalyse vorzulegen, sodass klar ist, welche graue Energie im Vorgängergebäude steckt und beim Abriss vernichtet wird. Bei Abriss und Neubau wird in der Regel viel mehr verbraucht. Aktuell haben wir bei Büroflächen in Berlin wieder sehr viel Leerstand und damit Möglichkeiten zur Umwidmung in Wohnraum. Mit solchen Stellschrauben könnte eine Bauordnung zu mehr Umbaukultur führen. Wir brauchen Bestandertüchtigung vor Neubau, weil der nicht nur für CO₂-Emissionen verantwortlich ist, sondern auch Ressourcen verschlingt, die wir so leicht nicht mehr bekommen. Alle stöhnen unter den steigenden Baupreisen. Bauen wird teuer bleiben, deshalb brauchen wir Strategien, wie wir mit Ressourcen effizienter umgehen.

Warum lassen Bauherr*innen überhaupt abreißen? Fehlt es an Wissen über graue Energie? Ist Umbauen wirklich komplizierter und teurer? Oder geht es nur um maximale Verwertung?

Alle genannten Gründe spielen dabei eine Rolle, manchmal auch eine Kombination davon. Spekulation ist leider ein häufiger Grund, schließlich kann man beim Neubau oft eine größere Geschossflächenzahl erreichen. Vor allem der Nachkriegsbau belegt nicht die maximale Fläche, weil die damaligen städtebaulichen Konzepte Licht, Luft und Sonne in die Grundstücke gebracht haben. Die Wohnungen sind zwar bescheiden in den Grundrissen und nicht so schmack anzusehen, haben aber meistens tolle Aufenthaltsqualität nach hinten, mit Bäumen, Biodiversität und Lärmschutz, von Spielplatz bis Teppichstange ist alles da. Diese Grundstücke sind sehr interessant, wenn man Rendite optimal ausreizen will. Nachhaltiger wäre aber, wenn man Nachkriegsbauten um ein bis zwei Geschosse in Holzbauweise aufstockt und den Grünraum erhält.

Die Berliner Architektenkammer fordert ein Abrissmoratorium. Wie könnte das rechtlich gestaltet sein?

Mit dem Moratorium wollten wir ein Innehalten und Nachdenken befördern, denn Abriss verbieten können wir nicht, das greift zu sehr ins Eigentum ein, haben uns alle Jurist*innen versichert. Daher fordern wir eine Darlegungspflicht: Was passiert, wenn man abreißt und neu baut, und was passiert, wenn man den Bestand ertüchtigt. Dadurch wird die Sache ehrlicher und transparenter. Damit kann man Abriss nicht verhindern, aber erschweren.

Das Gegenargument lautet, Abriss schaffe Platz für deutlich mehr Wohnraum.

Der Bestand soll ja nicht so bleiben, wie er ist. Wir müssen energieeffizienter werden und dazu oft Fassade und Haustechnik anpacken. Und vielleicht teilt man durch Umbau- oder Anbaumaßnahmen Wohnungen anders auf und erschließt sie neu, damit sie wachsen oder schrumpfen können. Wir haben heute häufig zu viel Wohnfläche pro Kopf. Zum einen sind wir eine Wohlstandsgesellschaft. Zum anderen bleiben ältere Menschen in zu großen Wohnungen, weil sie sich nicht sinnvoll verkleinern können. Unsere Herausforderung als Architekt*innen ist: Wie können wir aus einer Wohnung zwei machen, ohne jemanden zu verdrängen?

Finden alle Ihre Kolleg*innen Umbau interessanter als Neubau?

Das hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Umbau ist auch baukulturell interessant, weil er ganz neue Modelle hervorbringt. Nehmen Sie das zirkuläre Bauen: Wenn Gebäude zur urbanen Mine werden, in der wir Bauteile finden und neu einsetzen, entsteht eine neue Ästhetik. Diese Fragen beschäftigen unseren Berufsstand sehr. Wir müssen helfen, den CO₂-Ausstoß zu senken, der Bausektor spielt einfach eine zu große Rolle.

Man sieht oft Abrissbirnen, die alles zerstören: Ziegel, Fensterscheiben, Rahmen, Türen ... Wie weit sind wir bei der Baustoffwiederverwendung?

Noch ziemlich am Anfang. Das liegt hauptsächlich an ungeklärten Haftungs- und Gewährleistungsfragen. Man müsste auch die Lagerung optimieren: Wo bleiben die Teile, nachdem sie ausgebaut wurden? In dieser Zeit dürfen sie nicht unter das Abfallrecht fallen, sie müssen Wertstoffe bleiben. Damit die Lagerkosten nicht so hoch werden, braucht es einen Markt, der die Bauteile schnell weiterverwendet. Ein Markt für gebrauchte Baumaterialien bräuchte erst einmal Förderung, um sich zu etablieren. In Skandinavien und der Schweiz fördert die öffentliche Hand solche Märkte durch die Beschaffung. Erfreulicherweise geht der Trend in der EU grundsätzlich dahin, dass Erzeuger ihre Produkte zurücknehmen müssen. Aber das gilt bisher nur für den Neubau, nicht für den Bestand.

Das Interview führte Sebastian Petrich

ZUR PERSON



Theresa Keilhacker ist freischaffende Architektin und seit Mai 2021 Präsidentin der Architektenkammer Berlin. 2014 wurde sie in die Kommission für nachhaltiges Bauen (KNBau) am Umweltbundesamt berufen. Ein Ziel der KNBau ist es, die wissenschaftliche Diskussion zum nachhaltigen Bauen in die Praxis zu bringen. Seit 1998 Bürogemeinschaft mit Boris Kazanski in Berlin. Im März 2022 in den Klimaschutzrat Berlin berufen, seit Oktober 2022 im Expert*innen-Rat des Climate Change Center Berlin Brandenburg (CCC).

MITMACHEN

ABRISS-ATLAS

Bundesweit 480 geplante oder unlängst durchgeführte Abrissvorhaben listet der Abriss-Atlas von Architects for Future und Partnern samt Foto und Kurzbeschreibung auf, darunter 29 in Berlin und Brandenburg. www.crowdnewsroom.org

ROTE LISTE

Das KulturerbeNetz Berlin hat die Berliner Rote Liste bedrohter Baudenkmäler kartiert und unterscheidet zwischen den Kategorien kritisch, gefährdet, bedroht, zerstört, ungewiss, verfreudet und gerettet. www.kulturerbenetz.berlin/rote-liste

WARUM SCHLUSS MIT ABRISS?

Hintergründe zu Forderungen nach einem Abrissmoratorium: www.abrissmoratorium.de

BAU-WEGWEISER

Wie laufen Bauleitplanung und Baugenehmigungsverfahren ab? Welche Spielräume haben die Gemeinderatsmitglieder und Stadtverordnete? Dazu haben BUND Berlin und BUND Brandenburg je einen Wegweiser als Poster herausgegeben.

www.BUND-berlin.de/wegweiser

www.BUND-brandenburg.de/wegweiser

AUSSTELLUNG: THE GREAT REPAIR

Noch bis zum 14.1.2024 zeigt die Akademie der Künste 40 Positionen aus Kunst und Architektur, in denen Reparatur als neues Gestaltungsparadigma greifbar wird. Die Ausstellung setzt beim Akademie-Gebäude an und macht Prozesse und Räume der Instandhaltung und Pflege sichtbar. Hanseatenweg 10, Berlin-Tiergarten Di-Fr 14-19 Uhr und Sa/So 11-19 Uhr Eintritt: 9 Euro, ermäßigt 6 Euro

www.archplus.net/the-great-repair

KLAGE GEGEN B 96

Der BUND hat beim Bundesverwaltungsgericht Klage gegen den ersten Abschnitt der B 96 neu eingereicht. Das ist nötig, weil der Planfeststellungsbeschluss für die 17 Kilometer zwischen Nassenheide und Löwenberg die Einwendungen des BUND nicht berücksichtigt hat. Weder der gegenwärtige noch der zukünftige Bedarf rechtfertigen den Neubau einer zwei- bis dreispurigen Straße neben der bestehenden Trasse. Außerdem werden ein Vogelschutz- und ein FFH-Gebiet schwer beeinträchtigt und Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie und des Wasserhaushaltsgesetzes verletzt. www.BUND-brandenburg.de/b96

BAUMFÄLLUNGEN IN PANKOW

Der BUND hat einen Eilantrag am Berliner Verwaltungsgericht eingereicht, um die Fällung von bis zu 50 Bäumen in Innenhöfen der Ossietzkystraße zu stoppen. Dort plant die landeseigene Gesobau seit 2019 eine Verdichtung. Obwohl ein von der Gesobau beauftragtes Gutachten klargestellt hat, dass dort Fällungen nur mit Artenschutzmaßnahmen für Höhlenbrüter und Fledermäuse oder mit einer Ausnahmegenehmigung möglich sind, hat das Wohnungsbaunternehmen weder die geforderten Artenschutzmaßnahmen umgesetzt noch die Ausnahmegenehmigung eingeholt. Dieser Fall zeigt aus Sicht des BUND, dass nicht der Artenschutz das Bauen verhindert, sondern dass schlampiger Umgang mit Rechtsvorschriften für Verzögerungen sorgt.

MISSION AUTO

Wie die CDU dem Berliner Mobilitätsgesetz sämtliche Zähne ziehen will, analysiert der BUND Paragraf um Paragraf. www.umweltzoneberlin.de/2023/09/27



Foto: Sebastian Perlich

Wenn es nach Vattenfall geht, wird nicht nur im Heizkraftwerk Moabit Holz für die Fernwärme verbrannt

SO SICHER NICHT

Ob Berlin seine Klimaziele erreicht, hängt maßgeblich vom Umgang mit der Fernwärme ab. Vattenfalls neueste Pläne machen da wenig Hoffnung.

Damit Berlin wie beschlossen bis 2030 aus der Kohleverbrennung aussteigen und bis spätestens 2045 klimaneutral werden kann, muss die Fernwärme, die derzeit rund 1,3 Millionen Haushalte versorgt, auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Doch der gerade einmal 35 Seiten umfassende Dekarbonisierungsfahrplan, den der Netzbetreiber Vattenfall jetzt vorgestellt hat, verdient diesen Namen leider nicht. Die Fernwärme des Jahres 2040 soll ihm zufolge so zusammengesetzt sein: 19 Prozent „dekarbonisierte Spitzenlast“ (Wasserstoff, Power-to-Heat, Bioöl, CCS), 18 Prozent Wärmepumpen, 13 Prozent wasserstoffbasierte Kraft-Wärme-Kopplung, 16 Prozent Biomasse, 10 Prozent Heißwassererzeugung mit Wasserstoff und Bioöl, 10 Prozent Müllverbrennung, 6 Prozent Power-to-Heat und 6 Prozent Geothermie.

Dieser Mix enthält mehrere gravierende Probleme. Erstens: Biomasse (sprich: Holz) setzt zwar ein nachwachsender Rohstoff sein, seine Verbrennung setzt aber CO₂ im erheblichen Ausmaß frei. Holz muss vielmehr im Wald bleiben, um als CO₂-Senke zu

funktionieren. Zweitens: Müllverbrennung ist ebenfalls nicht klimaneutral, außerdem widerspricht die Steigerung von heute 4 Prozent auf 10 Prozent komplett dem Prinzip der Abfallvermeidung. Drittens handelt es sich bei CO₂-Abscheidung und -speicherung (CCS) um eine ökologisch riskante Technologie, die die Abhängigkeit von den fossilen Brennstoffen verlängert. Viertens wird es längst nicht genügend klimaneutral produzierten Wasserstoff geben – das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung rechnet mit einem Anteil von weniger als einem Prozent an der weltweiten Energieerzeugung 2035.

Das größte Problem von Vattenfalls Plan ist aber, dass er das Thema Gebäudesanierung auslässt. Nur eine drastische Senkung des Wärmebedarfs macht die Fernwärme zur Klimaschützerin.

Ausführliche Analyse des Vattenfall-Plans auf dem BUND-Blog: www.umweltzoneberlin.de/2023/07/20

KLIMASCHUTZ IRRELEVANT?

BUND klagt gegen Müllverbrennungsanlage Jänschwalde

Nachdem das Landesumweltamt den Widerspruch gegen die vom Braunkohlekonzern LEAG geplante Müllverbrennungsanlage (MVA) am Kraftwerksstandort Jänschwalde abgelehnt hat, beschreitet der BUND mit Unterstützung der Organisation ClientEarth nun den Rechtsweg. In der Ablehnungsbegründung hatte das Landesumweltamt die gewagte Einschätzung getroffen, es sei nicht relevant, ob das Vorhaben Auswirkungen auf den Klimaschutz habe. Dabei schreibt das Bundes-Klimaschutzgesetz eindeutig vor, dass Träger öffentlicher Aufgaben bei ihren Entscheidungen die nationalen Klimaziele berücksichtigen müssen. Gegen die MVA-Pläne gibt es von Beginn an breiten Widerstand in den umliegenden Dörfern. „Das Vorhaben würde die Region mit Schadstoffen und einem hohen Verkehrsaufkommen belasten und zur weiteren Verschärfung der Klimakatastrophe beitragen“, so Paul Suppan vom lokalen Aktionsbündnis contra MVA.

Ob die LEAG an dem Projekt festhält, ist aktuell unklar: Trotz der bereits seit Mitte letzten Jahres vorliegenden Genehmigung hat der Bau noch nicht begonnen. Einen substanziellen Rückschlag erfuhr das Vorhaben im Mai mit dem Ausstieg von VEOLIA als Partner. Aus Sicht des französischen Abfall- und Abwasserunternehmens ist das Projekt nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben: Müllverbrennung könnte ab 2028 in den Emissionshandel einbezogen werden, was das schmutzige Geschäft weniger lukrativ machen würde. Nach Angaben der LEAG soll die MVA jährlich 600.000 Tonnen CO₂ ausstoßen. Das entspräche ungefähr der CO₂-Menge, die mit Hilfe des neuen, millionenschweren Moorschutzprogrammes der Brandenburger Landesregierung eingespart werden soll.

www.aktionsbündnis-contra-mva.de

Was bleibt, wenn wir gehen?

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Ihr Vermächtnis an den BUND:

Almuth Wenta
BUND-Ansprechpartnerin für Erbschaften und Vermächtnisse

Telefon (030) 2 75 86 474
E-Mail: almuth.wenta@bund.net
www.bund.net/testament

SCHWEINEPEST

Gute Nachrichten für Wildschweine: Drei Jahre nach dem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) ist die Tierseuche in Brandenburg weitgehend eingedämmt. Ende September gab es nur noch drei Gebiete mit Einschränkungen in den Landkreisen Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz. Der BUND fordert daher, in den ASP-freien Landkreisen die Wildzäune zu entfernen, weil sich in ihnen immer wieder Reh- und Rotwild verheddern. Rund 1.400 Kilometer Zaun waren seit Ende 2019 in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen entlang der Grenze zu Polen errichtet worden, unter anderem auch im Nationalpark Unteres Odertal. Der ASP-Virus wurde bislang bei über 3.200 toten Wildschweinen und bei fünf Hausschweinen nachgewiesen.

GRUNDWASSER-PROBEN

Anderthalb Jahre lang hat der BUND gemeinsam mit interessierten Bürger*innen, sogenannten Grundwasserpat*innen, die Qualität des Grundwassers in Berlin gemessen. Wie die Ergebnisse zu bewerten sind, fasst eine neue Broschüre zusammen. www.BUND-berlin.de/grundwasser-ergebnisse

GRUNDWASSER-MASSNAHMEN

Was Berlin und seine Bewohner*innen tun können und sollen, um die Qualität ihres Grundwassers langfristig zu sichern, zeigen die neuen BUND-Empfehlungen für nachhaltiges und partizipatives Grundwassermanagement. www.BUND-berlin.de/grundwasser-management

WIR HABEN ES SATT

Die traditionelle Demo für umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft startet dieses Mal vor dem Willy-Brandt-Haus in Kreuzberg. 20.1.2024, 12 Uhr www.wir-haben-es-satt.de



Foto: Sebastian Perlich

Die Tiere in der Massentierhaltung würden sich über weniger Fleisch in Brandenburg weitgehend freuen: Demo gegen Wiesenhof-Tierfabrik in Königs Wusterhausen

KRAFTRIEGEL FÜR DEN KULTURKAMPF

Die Finanzministerin blockiert die Ernährungsstrategie der Gesundheitsministerin wegen angeblicher Fleischverbote: In Brandenburg droht ein von Populismus getriebener Wahlkampf

Gut ein Jahr vor der Landtagswahl gibt es in der rot-schwarz-grünen Landesregierung Streit über eine Ernährungsstrategie. Eine solche zu erarbeiten, hatten die drei Parteien im Koalitionsvertrag von 2019 vereinbart und 2021 im Landtag beschlossen. Unter anderem begründeten die Koalitionsparteien dies damit, dass 15 Prozent der Kinder übergewichtig seien und jeder fünfte Todesfall mit ungesunder Ernährung zusammenhänge. Der Auftrag, die Ernährungsstrategie auszuarbeiten, ging an Gesundheits- und Verbraucherschutzministerin Ursula Nonnemacher (Grüne). Diese ließ den Brandenburger Ernährungsrat, dem unter anderem die AWO, die Fleischer-Innung, die Hochschule Eberswalde und das Landwirtschaftsamt des Kreises Teltow-Fläming angehören, Empfehlungen für die Strategie ausarbeiten.

Die in die Ernährungsstrategie übernommenen Empfehlungen fußen auf einem Vierklang: Nachhaltige Ernährung soll regional, gesund, vielfältig und fair sein. Was sich nach einer Selbstverständlichkeit anhört, hat im Kabinett für Uneinigkeit gesorgt. Finanzministerin Katrin Lange (SPD) verweigerte der von Nonnemacher vorgelegten Strategie ihre Zustimmung, allerdings nicht aus finanziellen Gründen. Vielmehr störte sie sich an den Passagen, die die Kantinen der Landeseinrichtungen betrafen. Für diese strebt Nonnemachers Papier eine stärker pflanzenbasierte Ernährung an, so wie sie auch die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt. Lange begründete ihr Njet gegenüber dem RBB mit dem Wunsch, „dass die gesunde Currywurst auch in Zukunft als Kraftriegel für die Verwaltungsmitarbeiter zur Verfügung stehen wird“.

Allerdings steht ein Verbot von Currywurst, Schnitzel und Bulette überhaupt nicht zur Diskussion. In der Ernährungsstrategie, die die Gesundheitsministerin nun ohne Zustimmung des Kabinetts veröffentlichen will, ist an keiner Stelle von Verboten, Verteuerungen oder sonstigen Einschränkungen die Rede. Vielmehr will sie die in den Großküchen Tätigen dazu animieren, über den Tellerrand hinauszusehen. Denn anders als die Finanzministerin behauptet („Wer Kichererbsen, Algen und Insekten essen will, kann es gern tun“), herrscht noch lang keine wirkliche Vielfalt in der Gemeinschaftsverpflegung – was nicht nur für Brandenburg gilt.

Auch aus der CDU kamen Wortmeldungen, die die Ernährungsstrategie mit angeblichen Fleischverböten in Zusammenhang brachten. Wollen Brandenburger Politiker*innen aus Ratlosigkeit über die guten Umfragewerte der AfD dem Beispiel von Söder und Aiwanger folgen und den kommenden Wahlkampf zum Kulturkampf gegen eine herbeifabulierte Zwangsvegetarisierung machen? Davon profitiert am Ende nur die AfD, während die politische Kultur verliert. Das Bonmot von der Currywurst als Kraftriegel für Fachkräfte stammt übrigens von Gerhard Schröder. Der kritisierte damit, dass VW vorübergehend Fleisch vom Speiseplan genommen hatte – allerdings nur in einer von mehreren Wolfsburger Kantinen, nämlich der im Vorstandshaus. *sp*

Wie Gemeinschaftsverpflegung besser wird: www.kantine-zukunft.de

DEN LURCHEN GEHT DAS WASSER AUS

Eine neue BUND-Studie zeigt: Über die Hälfte der untersuchten Kleingewässer leiden unter der Trockenheit

Von den 157 untersuchten Teichen, Pfühlen, Weihern und Regenrückhaltebecken in Charlottenburg-Wilmersdorf, Pankow und Marzahn-Hellersdorf sind 85 mit Mängeln behaftet. 81 von ihnen sind trockengefallen beziehungsweise führen nur noch minimale Restwassermengen. Im Vergleich der drei Bezirke sieht die Situation in Pankow am besten aus, dort sind 30 von 48 Kleingewässern in gutem Zustand, am schlechtesten in Marzahn-Hellersdorf, wo nur 33 von 90 ohne Mängel sind.

Für die Teichbewohner sind das sehr schlechte Nachrichten. Nur 62 der 157 Kleingewässer taugen noch als Lebensraum für Amphibien, weil sie permanent Wasser führen, eine strukturreiche Vegetation im Umfeld haben und an einen Biotopverbund angeschlossen sind, sodass die Tiere wandern können. Bei 76 Kleingewässern könnten mehr oder weniger aufwendige Pflegemaßnahmen dazu führen, dass sie für Amphibienlebensraum gesichert oder wiederhergestellt werden. Die restlichen 19 sind unwiderruflich als Habitat verloren, weil sie nicht nur ausgetrocknet, sondern auch bebaut, von anderen Biotopen isoliert oder von der Wasserzufuhr abgeschnitten sind.

Mit diesem dritten Kleingewässerreport seit 2020 hat der BUND inzwischen 430 von rund 530 natürlichen oder künstlichen Berliner Gewässern von weniger als 10.000 Quadratmeter Wasserfläche in acht der zwölf Bezirke untersucht.

Auch künstliche Gewässer können wertvolle Biotope sein: Becken auf dem Olympiagelände

Fazit: Die Lage ist sehr ernst, nicht zufällig stehen zehn der 13 im Stadtgebiet vorkommenden Lurcharten auf der Roten Liste. Um die Berliner Amphibien zu retten, hat der BUND einen Zehn-Punkte-Plan entwickelt. Wichtigster Punkt: ein Sofortprogramm zur Sanierung von 50 Gewässern, die für unsere Amphibienpopulationen besonders wertvoll sind und an denen die nötigen Maßnahmen leicht und schnell umzusetzen sind.

Einen ersten Erfolg konnte der BUND mit seinem Kleingewässerreport schon erzielen: Erstmals in der Berliner Geschichte wird es im kommenden Haushalt einen eigenen Posten für die Pflege von Kleingewässern geben, und zwar in Höhe von einer Million Euro pro Jahr.

www.BUND-berlin.de/kleingewaesser



Foto: Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf



BUNDjugend

YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

TERMINE

Weitere Termine und alle Infos findest du unter:

www.BUNDjugend-berlin.de/termine

www.BUNDjugend-brandenburg.de/termine

BERLIN

MITGLIEDERVOLLVER-SAMMLUNG

Zu diesem höchsten Gremium sind alle Mitglieder und Aktiven der BUNDjugend Berlin herzlich eingeladen. Komm gerne vorbei und nimm an unserem Treffen teil! 22.11.2023

AKTION ZUM BLACK FRIDAY

Du willst der kapitalistischen Gesellschaft und ihrem Überkonsum entgegenwirken? Dann schließe dich unserer gemeinsamen Aktion zum Black Friday an! 24.11.2023

BUNDJUGEND BAR

In einer lockeren Runde an der Bar kannst du dich mit anderen Jugendlichen vernetzen und austauschen. Interesse? Dann komme gerne an jedem ersten Freitag im Monat vorbei! 1.12.2023, 5.1.2024 und 2.2.2024

DUBAI IN BERLIN: YOUTH HUB ZUR UN-KLIMA-KONFERENZ COP28

Abseits von vermeintlich wirkungslosen internationalen Klimakonferenzen kannst du im Youth Hub mit anderen Jugendlichen eigene, visionäre Klimakonferenzen gestalten! 7.12.2023–12.12.2023

WEIHNACHTSFEIER

Zum Jahresende wollen ein gemütliches Zusammensein genießen, gemeinsam singen und mit ein bisschen Glühwein in Weihnachtsstimmung kommen. Wir freuen uns auf alte und neue Gesichter. 8.12.2023

BRANDENBURG

„WIR HABEN ES SATT“: DEMO UND CAMP

Du möchtest dich mit anderen Jugendlichen in umfangreichen Diskussionen über Landwirtschaft und Agrarpolitik austauschen? Dann komm mit zum „Wir haben es satt“-Democamp! 19.1.2024–21.1.2024



Fotos: Fotos: Clubtopia/Marcus Blasing

FEIERN, ABER IN GRÜN!

Tim Hesse, FÖJler bei der BUNDjugend Berlin

September 2023: Das „Future Party Lab“, organisiert vom Projekt Clubtopia, geht in die nächste Runde. Ich durfte bei mehreren Workshops der diesjährigen Veranstaltung teilnehmen und wurde dadurch auf das Thema Nachhaltigkeit in der Club- und Festivalkultur aufmerksam.

Eine nachhaltige Club- und Festivalkultur, geht das?

Die Ziele für Deutschlands Hauptstadt stehen fest: Klimaneutralität bis spätestens 2045. Um dieses Ziel zu erreichen, muss auch die Berliner Clubkultur mitziehen. Denn mit einem Ausstoß von 30 Tonnen CO₂ pro Jahr ist ein kleiner Club nicht gerade sparsam. Ein Club verbraucht somit im Durchschnitt an einem Wochenende so viel Strom wie ein Haushalt im ganzen Jahr. Um das zu ändern, haben der BUND und clubliebe e.V. 2019 das Projekt Clubtopia ins Leben gerufen, gefördert durch die Berliner Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt. Das Projekt bietet neben einer kostenlosen Energieberatung für Clubs eine umfangreiche Klimaberatung an, den „Green Club Guide“. Der von Clubtopia 2021 veröffentlichte „Code of Conduct“ kann von Clubs in Berlin, mittlerweile aber auch von Clubs in Hamburg, Köln und Bremen unterschrieben werden und unterstützt sie bei der Verbesserung ihrer CO₂-Bilanz. Seitdem haben sich deutschlandweit bereits 50 Clubs dem Code of Conduct verpflichtet (Stand April 2023). Außerdem fördert Clubtopia mit verschiedenen Workshops und Informationsveranstaltungen im Rahmen des Future Party Labs die Bildungs- und Aufklärungsarbeit im Bereich Nachhaltigkeit der Club- und Festivalszene. Abseits von der Arbeit in Berlin will das 2022 gegründete Schwesterprojekt „Zukunft feiern!“ den Nachhaltigkeitsgedanken auch in Clubs außerhalb von Berlin weitertragen.

Und wie sieht es mit der Festivalkultur aus?

Seit April 2023 gibt es einen neu entwickelten Code of Conduct, der sich explizit an Festivals und Open-Air-Veranstaltungen richtet. Das „Orange Blossom Special“ (OBS) beispielsweise, nominiert für den HELGA!-Festivalpreis 2023, hat den neuen Code of Conduct bereits unterschrieben. „Das Thema Nachhaltigkeit liegt uns schon lange am Herzen [...]“, so der Festival-Chef Rembert Stiewe. Die größten Erfolge könne das OBS in den Bereichen Müll und Mobilität durch die Einbindung eines Mehrwegsystems für Getränke und

mehr Fahrradparkplätze verzeichnen. Auch der Upcycling-Workshop erfahre riesigen Zuspruch. Allerdings sei wiederholt zu sehen, dass viele Nachhaltigkeitsmaßnahmen noch nicht von Besucher*innen wahrgenommen werden. Auch die Kommunikation und das Bewusstsein für Nachhaltigkeitsmaßnahmen reiche im Team noch nicht aus. Des Weiteren ginge die energetische Sanierung des Festival-Backstage-Gebäudes nur schleppend voran. Im Bereich soziale Nachhaltigkeit gebe es dafür aber große Erfolge: 118 Sozialtickets für Bedürftige seien durch ein Solidaritätsbeitrag anderer Käufer*innen finanziert worden. Auch die Arbeitsbedingungen und Arbeitsatmosphäre seien besonders gut. So gewann das OBS 2022 den HELGA!-Festivalpreis in der Kategorie „Wohligstes Gewerke!“. Außerdem verzeichne das OBS eine stabile Repräsentation marginalisierter Gruppen, sowohl in der Crew als auch auf der Bühne. Ein Rückschlag seien die noch nicht in Gänze umgesetzten Bemühungen zur Inklusion. Das OBS genieße aber auch Vorteile: „Ein wesentlicher Vorteil ist die Anbindung des stationären Festivalgeländes an das örtliche Stromnetz, sodass wir Ökostrom verwenden und komplett auf Diesel-Aggregate verzichten können.“ Feste Einbauten und kurze Wege auf dem Festivalgelände würden Verkehrsbewegungen vermeiden. „Nachteil des stationären Festivals: Unser Standort liegt in peripherer Lage. Angesichts dessen, dass das Publikum aus ganz Deutschland und darüber hinaus anreist, verursachen wir viel Individualverkehr“, so Stiewe.

Die Club- und Festivalkultur als Treiber für mehr Nachhaltigkeit!

Eine nachhaltige Club- und Festivalkultur kann als Werkzeug bzw. Katalysator für die Umwelt- und Klimabewegung dienen. Ich sehe ein enormes Potenzial darin, Menschen positiv zu beeinflussen, ohne dass man sie im Rahmen einer belehrenden Aufklärungssituation mit Umwelt- und Klimapolitik konfrontiert. In Clubs und auf Festivals die Freude am Feiern und der Musik mit Nachhaltigkeit zu verbinden, bietet eine Chance viele Menschen aller Altersgruppen für den Klima- und Umweltschutz zu gewinnen und zu begeistern. Denn wenn der Lieblingsclub, das Lieblingsfestival oder die Lieblingskünstler*innen es vormachen, ist der Schritt zur Eigeninitiative nur noch ein kleiner.

www.clubtopia.de
www.zukunft-feiern.de

DEMO GEGEN DIE GEPLANTEN KJP-KÜRZUNGEN

Am 20.9.2023 waren wir als BUNDjugend Berlin gemeinsam mit anderen Kinder- und Jugendorganisationen auf der Straße. Denn die Bundesregierung will die Mittel für den Kinder- und Jugendplan (KJP) im Bundeshaushalt 2024 um ganze 19 Prozent kürzen. Mit Fahnen, Schildern und lauter Musik haben wir deutlich gemacht, wie wichtig Kinder- und Jugendarbeit ist und dass die Kürzungen der Demokratie mehr schaden, als dem Bundeshaushalt nützen. Die energetische Stimmung trotz des kalten und windigen Wetters, war beeindruckend. Voraussichtlich wird im Dezember diesen Jahres über die KJP-Kürzungen final abgestimmt. Tim Hesse



Erlenbruch nahe Krummer See

Foto: Sebastian Perlich

IM SUTSCHKETAL

Ein Spaziergang durch moorige Erlenbrüche und alte Eichenwälder, ideal für kurze Ausflüge in der dunklen Jahreszeit

Wie nahe höchst unterschiedliche Landschaftstypen doch beieinander sein können! Nordwestlich der Gemeinde Bestensee im Landkreis Dahme-Spreewald scheinen sich auf einer leicht welligen Ebene Felder und Äcker weit auszu dehnen. Doch mitten durch diese Agrarlandschaft verläuft ein leicht s-förmiger Graben in Nord-Süd-Richtung, das gut zwei Kilometer lange und 250 Meter breite Sutschketal. Im Talgrund wechseln sich Feuchtwiesen, kleinste Gewässer, Schilfröhricht, Weiden und Erlenwälder ab, die mitunter recht steilen Hänge sind dagegen von Trockenrasen mit Kartäusernelke und Frühlingsfingerkraut sowie Stieleichen geprägt. Um diese Vielfalt selbst zu erfahren – genauer gesagt: zu erlaufen –, reichen anderthalb Stunden auf dem Sutschketal-Rundweg.

Zunächst müssen wir aber vom Bahnhof Bestensee zum Start der Rundtour kommen (ca. 1,5 Kilometer): Im Prinzip immer entlang der Hauptstraße Richtung Westen, doch ab der zentralen Kreuzung (links der Dorfteich, rechts die Kirche von 1375, in der Findlinge aus dem Sutschketal verbaut wurden) sinkt die Aufenthaltsqualität für Zufußgehende rapide, weil sich die Gemeinde noch nicht dazu durchringen konnte, die stark befahrene Hauptstraße mit einem Fußweg auszustatten. Deshalb machen wir hier einen Schlenker gen Norden zur Windmühle. Die allerdings nur ein Windmühlendenkmal ist, denn die letzte Mühle brannte 1901 ab. Aber, so zitiert eine Infotafel ein amtliches Schreiben von 1648: Groß Besten (so hieß der Ort bis 1938) „hat immer eine Windmühle gehabt.“ Ein gewisser Friedrich Müller sei daher berechtigt, eine neue Mühle zu errichten, „ohne dass die Stadt Mittenwalde da-

gegen Einspruch erheben kann“. Windräder riefen schon damals Skeptiker*innen auf den Plan.

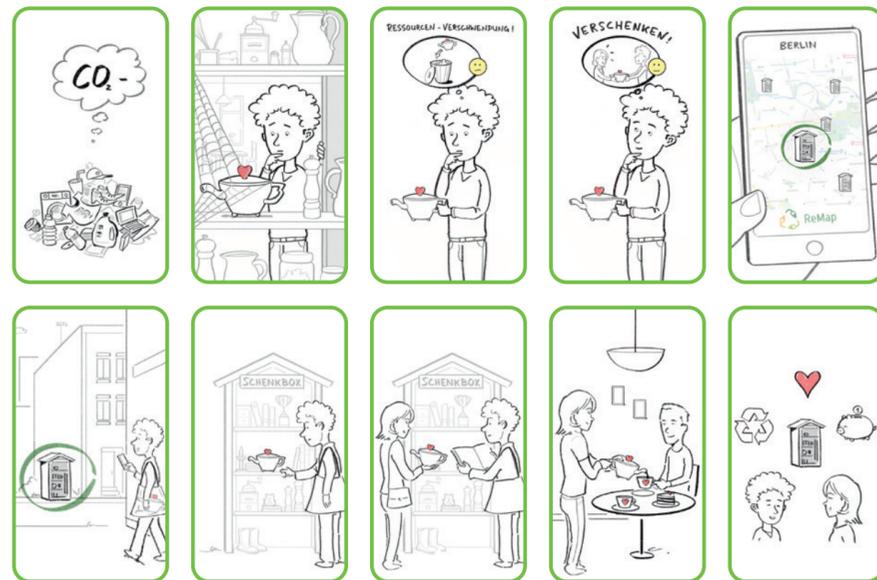
Erweiterter Schlenker: Auf den Mühlenberg führt ein Pfad, vorbei an einem Weinberg und durch einen streuobstwiesenartigen „Wald der Generationen“. Am Gipfel wenden wir uns wieder Richtung Süden, passieren eine imposante, alte Eiche und erreichen über Franz-Künstler-Straße und Triftweg das Sutschketal. Noch bis in die 1950er-Jahre wurde das Gebiet wirtschaftlich genutzt: als Hutewald, in dem das Vieh weiden durfte, und zum Tonnabbau an den Abhängen der eiszeitlichen Rinne. Heute dient die einzige Bewirtschaftung dem Naturschutz. Die Feuchtwiesen werden regelmäßig gemäht, um eine Verbuschung zu verhindern, und auch gegen die Amerikanische Traubenkirsche geht man immer wieder vor.

Der Sutschkese, ein kleiner Weiher, war früher Teil des Krumpen Sees nördlich des Tals. Heute verbindet der Pritzelgraben die beiden Gewässer. Am nördlichen Ende des Rundwegs führt ein neuer Holzsteg über diesen Graben. Vom Steg aus bekommt man den besten Eindruck, wie das Niedermoor im Talgrund aussieht: Schwarzerlen stehen wie auf Stelzen im Moor, ihre Wurzeln kommen auch mit wechselnden Wasserständen zurecht. Wo der Wanderweg von der West- auf die Ostseite des Sutschketals wechselt, müssen wir uns entscheiden: entweder den Rundweg auf der anderen Seite zurück nach Bestensee (nochmals knapp zwei Kilometer) oder weiter entlang des Krumpen Sees nach Königs Wusterhausen (knapp sieben Kilometer). *sp*
Anfahrt: RE 7 nach Bestensee

ÖKOTIPP: SCHENKBOXEN

In Hausfluren und auf Bürgersteigen sind sie ein vertrautes Bild: Kartons oder einzelne Dinge mit der Aufschrift „zu verschenken“. Manchmal kommt aber Unbrauchbares dazu oder die Sachen werden beim ersten Regenguss nass. Um das zu vermeiden, stellen immer mehr Menschen gut durchdachte beziehungsweise gut überdachte Schenkboxen auf und kümmern sich regelmäßig um sie. Mehr unter www.BUND-berlin.de/schenkbox

Auf www.remap-berlin.de sind schon 39 Schenkboxen verzeichnet. Machen auch Sie mit! Vielleicht kennen Sie einen Ort, an dem Sie eine Schenkbox aufstellen können. Und finden auch etwas Zeit, um immer mal wieder dort nach dem Rechten zu sehen. Falls Sie jemanden, zum Beispiel Ihre*n Vermieter*in, erst noch vom Sinn einer Schenkbox überzeugen müssen, dann haben wir als kleine Argumentationshilfe einen kurzen Film für Sie.



Illustrationen © Sven Schröder

Instagram
BerlinsWegzuZeroWaste



Facebook
BerlinsWegzuZeroWaste



Youtube
BUND Berlin e.V. (Shorts)



MITMACHEN

AK WASSER

Im Oktober hat sich ein neuer Arbeitskreis im BUND Brandenburg gegründet, der AK Wasser. Am ersten Treffen nahmen 15 Interessierte aus verschiedenen Regionen Brandenburgs teil. Der AK will die in Gewässerschutz und Wasserpolitik Aktiven und die daran Interessierten miteinander vernetzen, Erfahrungen austauschen und Möglichkeiten zeigen, vor Ort aktiv zu werden. Ein weiteres Online-Treffen findet im November statt; der Termin findet sich unter <https://gstoo.de/AK-Wasser2> Kontakt: Antje Sachs, ehrenamt-brb@BUND.net

WALDSPENDEN

Wälder sind artenreiche Lebensräume und schützen das Klima und unsere Trinkwasservorkommen. Mit der neuen FAIR Edition möchte i+m NATURKOSMETIK BERLIN einen Beitrag für den Erhalt der Wälder in und um Berlin leisten. Jedes verkaufte Duschgel unterstützt mit einem Euro regionale Waldschutzaktivitäten des BUND Berlin e.V., damit sich neben Mensch und Umwelt auch der Wald selbst natürlich erholen kann. Ab Mitte November im Onlineshop von i+m und im gut sortierten Fachhandel erhältlich.

EINWENDUNGEN GEGEN TVO

In der letzten BUNDzeit hatten wir Sie dazu aufgerufen, Einwendungen gegen den geplanten Bau der autobahnähnlichen Tangentialverbindung Ost (TVO) durch die Wuhlheide zu schreiben. Das knapp bemessene Zeitfenster für solche Einwendungen hat sich zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe aber noch nicht geöffnet. Bitte verfolgen Sie weiter auf unserer Website, wann Sie aktiv werden können! www.BUND-berlin.de/tvo

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Berlin e.V. Crellestr. 35 10827 Berlin www.BUND-Berlin.de und

Landesverband Brandenburg e.V. Mauerstraße 1 14469 Potsdam www.BUND-Brandenburg.de

KONTAKT

Tel. 030 787900-0 E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de www.BUNDzeit.de

REDAKTION

Sebastian Petrich (sp) Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht zwingend die Meinung des BUND wieder.

MARKETING & VERTRIEB

Thorsten Edler

ANZEIGEN

Tel. 030 787900-42 anzeigen@BUNDzeit.de

DRUCK

Möller Pro Media GmbH www.moellerpromedia.de

GESTALTUNG

sujet.design www.sujet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

AUFLAGE

25.000 Gedruckt auf UltraMag Plus Silk, 100 % Recycling

Die nächste BUNDzeit erscheint Anfang Februar 2024. Anzeigenschluss ist der 15. Dezember 2023.

SPENDENKONTO

BUND Berlin Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE55 3702 0500 0003 2888 00 BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg GLS Bank IBAN: DE 24 4306 0967 1153 2782 00 BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftssteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de



ZERO-WASTE-KARTE AKTUALISIEREN

Weitergeben statt wegschmeißen, teilen statt neu kaufen: Die Remap hilft nun schon seit sechs Jahren den Menschen in Berlin, ihre Sachen im Kreislauf zu halten, Verschwendung zu vermeiden und Ressourcen zu schonen. In dieser Zeit ist die Zero-Waste-Szene deutlich gewachsen, viele neue Initiativen sind entstanden, einige sind umgezogen, andere haben Namen und Betätigungsfeld gewechselt, ein paar gibt es aber nicht mehr. Der BUND aktualisiert die Karte ständig und bittet dabei um Ihre Mithilfe. Wir fragen Sie:

Kennen Sie einen Zero-Waste-Ort, der noch nicht auf www.remap-berlin.de verzeichnet ist?

Dann schreiben Sie uns bitte an remap@BUND-berlin.de!

Mit Zero-Waste-Ort meinen wir zum Beispiel karitative Secondhand- und Umsonstläden, Schenkboxen, Repaircafés, Sammelstellen für begehrte Rohstoffe von Kork bis Smartphone, Upcycling-Initiativen, Fairteiler für gerettete Lebensmittel, Unverpacktläden und dergleichen mehr.

Gern können Sie uns auch Orte jenseits der Stadtgrenze nennen, schließlich gibt es auch in Brandenburg immer mehr Zero-Waste-Orte. Sollten Sie einen Ort auf der Karte entdecken, den es so nicht mehr gibt, freuen wir uns auch über einen Hinweis.



SECONDHAND IN ZAHLEN

Wo Menschen in Deutschland Secondhandwaren kaufen (2020) ...

... Ebay/Ebay Kleinanzeigen, in Prozent:	45
... anderes Online-Kleinanzeigenportal, in Prozent:	7
... sonstige Website, in Prozent:	7
... Flohmarkt/Garagenverkauf, in Prozent:	11
... Familie/Freunde, in Prozent:	8
... Gebrauchtwarenläden mit karitativem Hintergrund, in Prozent:	6
... gedruckte Kleinanzeigen, in Prozent:	4
... Pfandhaus, in Prozent:	1
... Sonstiges, in Prozent:	4
... nichts Gebrauchtes in den letzten zwölf Monaten gekauft, in Prozent:	40

Wo Menschen in Deutschland Secondhandkleidung verkaufen (2022) ...

... online, in Prozent:	76
... Flohmarkt, in Prozent:	11
... Secondhandläden, in Prozent:	8
... Sonstiges, in Prozent:	3

Was sich Menschen in Deutschland vorstellen können neu zu kaufen (2023) ...

... Schuhe, in Prozent:	94
... Möbel, in Prozent:	82
... Smartphone, in Prozent:	82
... Fahrrad, in Prozent:	66

Was sich Menschen in Deutschland vorstellen können gebraucht zu kaufen (2023) ...

... Schuhe, in Prozent:	12
... Möbel, in Prozent:	44
... Smartphone, in Prozent:	19
... Fahrrad, in Prozent:	47

Quellen: Wuppertal Institut (via statistica), IHF Köln im Auftrag von Handelsverband Deutschland (Konsummonitor Nachhaltigkeit), Berlin.de, bilder.markt.de, Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumordnung

Was sich Menschen in Deutschland vorstellen können professionell reparieren zu lassen (2023) ...

... Schuhe, in Prozent:	8
... Möbel, in Prozent:	16
... Smartphone, in Prozent:	15
... Fahrrad, in Prozent:	21

Umsatz von Secondhandwaren in Deutschland ...

... 2010, in Milliarden Euro:	8,3
... 2019, in Milliarden Euro:	10,5
... 2020, in Milliarden Euro:	11,8
... 2021, in Milliarden Euro:	13,6
... 2022, in Milliarden Euro:	14,7

Was Menschen in Deutschland schon einmal gemietet/geliehen haben (2023) ...

... irgendwas, in Prozent:	53
... Buch, in Prozent:	23
... Auto, in Prozent:	23
... Werkzeug, in Prozent:	21
... Fahrrad, in Prozent:	16
... Elektronikprodukt, in Prozent:	9

Regelmäßige Flohmärkte in ...

... Berlin:	25
... Brandenburg:	22

Was private Haushalte durchschnittlich im Monat durch Verkauf von Gebrauchtwaren verdienen ...

... 2016, in Euro:	27
... 2021, in Euro:	35

Immobilienbesitzer*innen erwerben 2018-2021 ihre Immobilien ...

... gebraucht (Bestand), in Prozent:	56
... als Erstkäufer*in (Neubau), in Prozent:	21
... durch Erbe/Schenkung (Bestand), in Prozent:	23



ICH WILL DIE ARBEIT DES BUND UNTERSTÜTZEN.

Einfach online ausfüllen: www.mithelfen.net – oder den nachfolgenden Coupon nutzen.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitgliedschaft (ab 60 €)
 Einzelmitgliedschaft ermäßigt (ab 24 €)
 Familienmitgliedschaft (ab 72 €)

Tragen Sie nachfolgend bitte Namen und Geburtsdatum Ihrer Familienmitglieder ein:

Name Partner*in: Geb.-Datum:
 Name 1. Kind: Geb.-Datum:
 Name 2. Kind: Geb.-Datum:

(Namen und Geburtsdatum von weiteren Kindern bitte unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift per E-Mail nachmelden: service@bund.net)

Lebenszeitmitglied (einmalig ab 1.500 €)

Vorname/Name:
 Straße:
 PLZ/Ort:
 Geb.-Datum (TT.MM.JJJJ):
 E-Mail:
 Telefon (optional):

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich

bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Kontoinhaber*in:

IBAN (oder Konto-Nr.):

BIC (oder Bankleitzahl):

Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)

Hinweise:
 1. Durch Ihre Unterschrift werden Sie Mitglied des BUND (Bundesverband) und erteilen diesem ein SEPA-Lastschriftmandat, mit dem Sie gleichzeitig Ihre Bank anweisen, die vom BUND auf Ihr Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Die Mitgliedschaft ist jederzeit satzungsgemäß und ohne Angabe von Gründen kündbar. Gläubiger-ID: DE34 ZZZO 0000 1038 26.
 2. Mit Ihrer Mitgliedschaft im Bundesverband sind Sie i.d.R. zugleich Mitglied des BUND-Landesverbands Ihres Wohnortes.
 3. Ihre Daten werden gem. Art. 6 Abs. 1 lit. B DSGVO ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Die Nutzung erfolgt gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Dieser Nutzung können Sie jederzeit widersprechen. Unter der nachfolgend genannten Adresse erreichen Sie auch den Datenschutzbeauftragten des BUND. Eine ausführliche Erklärung zum Datenschutz finden Sie unter www.bund.net/datenschutz